

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Anstellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

**Redaktion u. Expedition:** Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
**Redakteur:** Emil Dittmer

**Motto:**  
Staats- und Gemeindepotriebe  
sollen Musterbetriebe sein

**Erscheint wöchentlich Freitags**  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beitragsgeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3167

**Inhalt:**

Der korporative Arbeitstarifvertrag. III. — Der Breslauer Oberbürgermeister Vender und das Koalitionsrecht der städt. Arbeiter. — Die „Arbeiterfreundlichkeit“ im Stettiner Stadtverordnetenkollegium. — Karl Marx und die Arbeiter. — Zur Lage der städtischen Arbeiter in Mülheim a. Rh. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Verbandsteil. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Der korporative Arbeitstarifvertrag.

### III. Die Stellung der deutschen Stadtverwaltungen zur Tarifgemeinschaft.

Nichts ist vielleicht kennzeichnender für die sozialpolitische Rückständigkeit der deutschen Stadtgemeinden, als ihre bisherige Stellungnahme zur Tarifgemeinschaft.

Wir haben in den voraufgehenden Artikeln die Bedeutung und die gefestigte Position gezeigt, welche sich die Tarifvereinbarung in der Privatindustrie erobert hat. Selbst Schmelzer<sup>\*)</sup>, der die Tariffrage ausgesprochenemassen vom Arbeitgeberstandpunkt behandelte, weiss nur wenig von der Tätigkeit der Kommunen auf diesem Gebiet zu berichten. Das einzige, was vielleicht bemerkenswert wäre, ist die teilweise Anerkennung des Buchdruckertariffs, die sich aber mehr auf platonische Grundgebungen beschränkt.

Wenn man bedenkt, wie besonders in Norddeutschland seitens der Stadtgemeinden über die fehlende Selbstverwaltung getagt wird, wie man die ja tatsächlich bestehende Verwaltung durch den preußischen Staat oftmals als Entschuldigungsgrund ansfüllt bei mangelnden Reformen auf den verschiedensten Gebieten, so sollte man meinen, die Stadtverwaltungen müssten wenigstens auf den ihnen noch verbleibenden Initiativgebieten mustergültiges durchführen. Aber weit gefehlt!

Die bayerische Regierung hat in einer Entschließung des Ministeriums vom April 1905 ihren Standpunkt durch folgende Ausführungen festgelegt: „Als eins der erfolgreichsten Mittel zur Verbesserung des so wünschenswerten guten Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern haben sich die Tarifverträge erwiesen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten werden es deshalb als eine ihrer vornehmlichsten Aufgaben zu betrachten haben, im Verein mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter auf das Zustandekommen solcher Tarifvereinbarungen hinzuwirken, welche beide Teile zu befriedigen geeignet erscheinen.“

In der Tat haben denn auch eine Anzahl Gewerbeaufsichtoren in diesem Sinne gewirkt. Auch das Königreich Württemberg hat bei der Neuregelung des Submissionswesens eine generelle Anerkennung sämtlicher Tarifverträge ausgeschlossen.

<sup>\*)</sup> Tarifgemeinschaften, ihre wirtschaftliche, sozial-politische und juristische Bedeutung mit besonderer Berücksichtigung des Arbeitgeberstandpunktes. Leipzig. 1906.

Wir spärlich sind demgegenüber die Tarifanerkennungen einzelner Stadtverwaltungen, die noch dazu nicht allgemein ausgeschlossen wurden, sondern sich fast ausschließlich, wie schon angedeutet, auf den Buchdruckertarif beschränken. Nun könnte man vielleicht einwenden, dass damit zum mindesten das Prinzip anerkannt sei. Doch ist dies leider nicht der Fall. Die Stadtverwaltungen bringen es nicht einmal zur „anständigen Lohnklausel“, wonach ein bestimmter Minimallohn bei allen von der Kommune zu vergebenden Arbeiten zu zahlen ist; ferner zur Bedingung gemacht wird: Festlegung der Arbeitszeit, Sicherstellung des Lohnes durch Haftung, Ausstattung der Arbeitsplätze, Zahl der Arbeiter bei Weitervergebung vertragsmässiger Arbeiten und Lieferungen, Anerkennung der Organisation, der Streiklaufes usw. Das Ausland ist uns hierin unendlich voran, besonders England und Frankreich. Bei uns bliebt noch das Submissionswesen mit unbegrenzten Auswüchsen. Erst in älterster Zeit scheint unter dem Einfluss der fortgesetzten sozialdemokratischen Kritik sowie der beteiligten Gewerkschaftsorganisationen eine allmähliche Besserung einzutreten. So haben die Bauarbeiter, Steinsetzer und Pflasterer verschiedentlich Tarifabstimmungen mit einzelnen Stadtgemeinden vollzogen. In Essen wurde von der Sparte der kommunalbehörde das tarifwidrige Verhalten der Bauunternehmer energisch bekämpft. Die letzteren wollten eine Ausperrung vornehmen trotz bestehender Tarifverträge. Darauf drohte die Kommune, die Bauten in eigene Regie zu übernehmen, worauf sich die Bauherren zur Nachgiebigkeit bequemten. Aus Anlass der Bauarbeiterausperrung Groß-Berlins im vergangenen Jahr lehnte Berlin natürlich jedoch „Einniedrigung“ ab und ließ die südlichen Bauten stillliegen. Hingegen beschloss Meldorf, die Bauten einfach in eigene Regie zu nehmen, was auch geschah.

Einen wirklichen Tarifvertrag hat unsere Organisation nur mit der Stadt Meidendorf abgeschlossen. Sonst aber findet unser Forderung einweilen noch wenig Gegenliebe. Wohl haben wir mit uns zahlenden privaten Betrieben, wie Paddeanstalten usw., eine Anzahl Tarifverträge vereinbart. Bei den Stadtverwaltungen fehlt anscheinend noch das nötige Verständnis für konstitutionelle Zustände — sobald es sich um die städtischen Arbeiter handelt.

Zedoch soll dabei nicht vertanzt werden, dass unsere Situation auch ein wenig anders gelagert ist in dieser Beziehung als die der meisten Organisationen. Zumindest haben die Machtverhältnisse. Trotzdem unser Einfluss fortgesetzt mässt, können wir den Kommunen gegenüber doch äußerst selten als ganz gleichwertiger Machtfaktor auftreten. Sich die öffentliche Gewalt der Gemeindeverwaltungen ermöglicht den Kommunen, an ihren zwar veralteten aber leider noch nicht überlebten absolutistischen Neigungen uns gegenüber festzuhalten.

Berner ist die Stimmung als Arbeitgeber in den Großstädten durchaus mit den Großindustriellen etwa der Eisenindustrie zu vergleichen, wo gleichfalls noch die Tarifgemeinschaften fehlen, weil die Voraussetzung — eine prozentual stark organisierte Gewerkschaft — hierzu fehlt.

### So auch bei uns!

Wir werden den Prozentsatz der Organisierten noch erheblich steigern müssen, wenn man uns überall (oder doch wenigstens in den Großstädten) als gleichwertig erachten soll. Darüber dürfen wir uns seiner Täuschung hingeben.

Aber abgesehen von all dem bisher Gesagten hat sich — namentlich im Süddeutschland — auf der Basis seitgefeierter Lohnabkommen und Lohntarife in vielen Fällen der bisher geistige Weg der mundlichen wie schriftlichen Verhandlungen ganz ausdeziert bewährt, und für manche Fällte erachtet die Frage der Tarifgemeinschaft um so weniger wünschenswert, weil sie mit dem jetzigen Zustand der alljährlichen Aufstellung bestimmter Forderungen durchaus zufrieden sind und damit gute Erfolge erzielt haben.

Es muß also die Frage aufgeworfen werden: Sollen wir stelle auf Durchführung gemeinschaftlich festgesetzter Tarifverträge drängen, oder wird die Arbeit nicht leichter und zweckmäßiger sein, den jetzigen Zustand auszubauen? Mit anderen Worten: Ist das jetzige System des Verbandes durch Arbeiterausschüsse und Organisationvertreter besser geeignet, uns zur Anerkennung zu bringen, als Tarifgemeinschaften?

Wir für unseren Teil glauben nicht an die Anerkennung der Gleichberechtigung von uns gewählter Arbeiterausschüsse bei den Verhandlungen. Mögen die Bestimmungen allgemein so fortgeschritten gehalten werden, wie es unser Programm verlangt — und darüber dürfte noch so manches Jahr vergehen — die Arbeiterausschüsse sind und bleiben ein Notbehelf. Sie kommen als alleinige Vertretung unserer Organisation immer weniger in Frage.

bleibt die persönliche, man möchte sagen inoffizielle Verhandlung mit dem Organisationvertreter (mit oder ohne Arbeiterausschuß). Auch hierin können wir eine ideale Lösung nicht erblicken. So notwendig und selbstverständlich es unter den gegenwärtigen Umständen ist, auf die indirekte Anerkennung der Organisation zu dringen, die sich aus solchen Verhandlungen ergibt, so ist doch mit diesen persönlichen oder halbamtlichen Zugründnissen noch immer kaum die Hälfte von dem erreicht, was wir uns zum Ziel gesetzt haben: Die volle Anerkennung unserer Organisation seitens der Stadtgemeinden.

Es ist geradezu curios, wie in den größeren Städten Nord und Süddeutschlands unsere Organisationvertreter willkommen sind, wenn irgendwelche Tarifvereinbarungen zwischen der Arbeit und dem Betrieb eingegangen sind, man einen Abschluß und dergleichen befürchtet und nun vom Organisationvertreter Vermittelung hört! Aber so haben wir auf die Dauer nicht genügt! Unsere Organisationvertreter sind nicht dazu da, fortwährend nur zu "beruhigen", nur zu abschützen und zu mildern, ohne auf der anderen Seite den festen Boden der offiziellen Anerkennung der Organisation zu befreien. Braucht man unsre Vermittelung, so soll auch eine feste Unterlage für unsre Verhandlungen gewonnen werden. Und diese feste Unterlage ist unseres Erachtens die Tarifgemeinschaft!

In unserem Programm ist der bezügliche Punkt leider nicht so präzise gefaßt, wie es wohl wünschenswert wäre. Es heißt: „Die Ohne der von der Stadt beauftragten Arbeiter sollen unter Beachtung der gewerkschaftlichen Bedürfnisse zur Abschließung eines Tarifvertrages von den städtischen Kollegien genehmigt und deren Kontrolle unterstellt werden.“ Die direkte Forderung von Tarifverträgen ist also hierin eigentlich nicht ausgedrückt. Und doch müssen wir dieses Ziel direkt aufstern nehmen!

Wie sieht's denn heute aus? An vielen Orten haben wir eben eine Lohnforderung ohne Erfolg durch die Zustanzen gejagt und schon folgt eine schlechte oder auch weitergehende. Kann das agitatorisch wirksam und richtig sein? Vielfach wird zwar gerade zur Entschuldigung angeführt: „Die Kollegen wollen doch sehen, daß etwas geschieht! Wenn auch nichts erreicht wird, wir haben wenigstens unsere Schuldigkeit getan.“

Ach, so manches Mal wäre weniger mehr gewesen, d. h., würde planmäßig und weniger häufig eingesetzt mit Rücksichten, der Erfolg wäre größer! Bei den vielen Abstimmungen kommt notwendigerweise auch viel Wissum.

Und hat die gewerkschaftliche Organisation als Agitationsmittel nicht auch den materiellen Vorteilen noch eine ideale Seite: das Prinzip der Solidarität?

Es ist Pflicht jedes Arbeiters, sich zu organisieren, auch wenn er keine materiellen Vorteile von der Organisation hat. Rüken wir die Zeit, die uns verbleibt, wenn wir nicht fortwährend fordern, zu prinzipieller Klarstellung. Die ist noch bitter notwendig. Zudem wir jeden Kollegen vor allem davon zu überzeugen, daß die Organisation kein Hindernis ist, das man heute benötigt und morgen wegwirkt. Zeitigkeit und Ausdauer bringen uns dann auch sicher dahin, daß sich die Stadtverwaltungen nicht ewig taubstellen können, uns nicht monatelang ohne Antwort lassen dürfen, wie gegenwärtig nur allzu oft.

Unser energetisches Bemühen nach Verbesserung wird auf diese Weise viel leichter Gehör finden.

Damit werden wir auch reif, als Verhandlungspartner auf gleicher Basis mit den Kommunen zu gelten und die Voraussetzungen zu konstitutionellen Zuständen sind gegeben.

Dreilich müssen wir trachten, sobald wir einmal zu weiteren Tarifverträgen kommen, diese so kurzfristig wie möglich zu erhalten. Als Basis des Abschlusses könnten die jetzt bereits größtenteils vorhandenen Lohntarife angesetzt werden, die entsprechend ausgebaut werden müßten.

Es verbleibt noch ein Bedenken. In den meisten bestehenden Tarifverträgen sind die Verpflichtungen der Arbeitgeberorganisationen ziemlich weitgehender Natur. Um nur ein Beispiel herauszuziehen, bemerkt der Steinseker Verband in einer Eingabe an die Stadtverwaltung: „Am Ende der Zustimmung unseres Besuches übernehmen die Unterzeichnenden beyo. unsere Gesamtorganisation die Garantie bei denjenigen Firmen, die ... die vereinbarten Bedingungen enthalten, dieselben ebenfalls streng einzuhalten und Überschreitungen derselben auf Arbeitseite in keiner Weise zu unterstützen, im Gegenteile solchen, wo sie verübt werden, mit den Mitteln der Organisation entgegenzutreten. Damit glauben wir denn auch dem öffentlichen Interesse einen guten Dienst zu erweisen.“ Auch wir werden bei Tarifverträgen ähnliche oder andere Bedingungen annehmen müssen, während heute bei den Lohnabkommen und ihren Abstimmungen für uns keinerlei Verpflichtungen entstehen. Aber bereits heute haben wir in vereinzelten Fällen, wo auf Grund unserer Beweisung Zugeständnisse gemacht wurden (Hamburg, Straßburg usw.), gewisse Bedingungen angenommen.

Sicher würde es ein weiteres Studium ergänzenderische Erziehungsarbeit bedürfen, um alle unsere Mitglieder zur strengen Disziplin anzubauen in bezug auf die Einhaltung der gemeinschaftlich vereinbarten Bedingungen. Aber darauf würde es sicher nicht fehlen.

So mögen wir also die Dinge anbahnen von welcher Seite immer, es eracht ich als Endresultat unserer Bemühungen: Der Frage der Tarifverträge ist in unseren Reihen mehr Beachtung zu schenken als bisher. Wir müssen trachten, auch diesen Weg für uns dienstbar zu machen und unter Beurichtigung der örtlichen Verhältnisse überall da Tarifverträge verhandeln, wo eine Durchführung in absehbarer Zeit zu erhoffen ist.

## Der Breslauer Oberbürgermeister Bender und das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter.

Der Magistrat hält es für wünschenswert, zweifelsfrei seine Ansicht festzustellen, daß eine Entlassung von Arbeitern niemals wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer politischen oder freidlichen Partei oder wegen ihres Eintretens für die gewerkschaftliche Bewegung und das Arbeiterkoalitionsrecht erfolgen darf.

(Magistratsverfügung des Bresl. Magistr. v. 18. 4. 02.)

Wie unsere Kollegen wissen, haben wir in Breslau einen Oberbürgermeister, dessen Worte nicht mit allen seinen Taten vereinbar sind. Wohl haben wir die am Kopfe dieses Artikels gegebene Magistratsverfügung, aber sie wird nicht befolgt. Sie steht nur auf dem Papier. Von der Gründung unserer Gewerkschaft bis zur Gegenwart können wir mit Beweisen ausführen, daß es so schon klängende Verfügung nur Dekoration ist! Wir erinnern an die Maßregelungen der Kollegien Giebke, Winter und Sachmann im Jahre 1904, die im Basiswett-Betrieb verordnet und deshalb „klagen“. Dabei gefügt das außerst erbittert der Dierigkelt. Wir erinnern an die berühmte Deutungsdebatte, die von Bender persönlich ausgeschmiedet wurde, trotz seiner Verfügung. So ist es noch bis zur Gegenwart. Als Beweis räge die nachstehende Staatsdebatte in diesem Jahre dienen.

Bei der Verhandlung des Gesetzes ergriff Stadtr. Genosse Löbe sein Wort und führte in seiner Rede über die städtischen Arbeiter folgendes aus:

Auch die Arbeiterlöhne sind als Grund für die mißliche Gestaltung des Gesetzes angeführt worden. Daß dieselben eine unumstößliche Folge der Preissteigerung wären, hat auch der Oberbürgermeister zugeben müssen.

„Ich bitte um eine genaue Statistik der Arbeiterlöhne in allen Betrieben, damit Sie sich ein Bild der Lage machen für den einzelnen Mann machen können und auch über ihre Gesamtheit. Was der neue Stadtr. an Erhöhungen vorhat, ist sehr geringsfügig; für die Lohnunternehmer sind es 10 Pf. pro Tag; alles in allem 7000 M. Aber die Arbeiter sollen in Anbetracht der Anzahl, in Anrechnung der Aufwendungen, die ihnen bisher geworden sind, im Augenblick keine weiteren Verdächtigungen stellen; sie begnügen sich mit kleineren, wenig lebenswichtigen Rundschreiben. Das soll nicht bedeuten, daß Ihre Vöhne von zufriedenstellend wären - es gibt noch Rathausarbeiter mit 25, 26 Pf. Stundenlohn, - aber über das Tempo wollen wir in diesem Jahre einig sein. Der Gemeindearbeiterverband räumt mit Magistrat dar, daß er den niederen Beamten die Ausübung des Koalitionsrechts untersagt, den der ich Ihnen bei den Einzelnotizen Mitteilung machen werde. Es ist ruppige Antipathie wie kann man sich doch willkürlich nicht der Beschwerde, die Gemeindearbeiter haben sich einen Antrag gemacht, sie sind die reinen Salonsocialisten geworden. (Heiterkeit.) Sie würden nur, daß die Beinträchtigung des Verdienstes der städtischen Arbeiter im Winterhalbjahr und die Ungleichmäßigkeit der Entlohnung bei den verschiedenen Städtchenmeistereien ebenfalls würde. Auf das Straßbüro im Schlabendorf, die Schmiede für Mohrleger, die Absicherung an Gasarbeiter komme ich bei der Spezialverhandlung zu sprechen.“

Auf diese gewiß sehr hädliche und ruhige Rede erwiderte nun Herr Bender folgendes:

„Man sprach Herr Vöhne auch von den Verhältnissen der städtischen Arbeiter unter ihrem Koalitionsrecht. Ich möchte das Koalitionsrecht, das Recht der Arbeiter, zusammenzurufen und Friede zu suchen, so sehr fordern und ich gehe auf dem Standpunkt, daß das ein Mittel ist, die Vente, die eben hier unten stehen, zu überwinden. Darin bin ich mit den Sozialdemokraten einverstanden. Aber, meine Herren, wir sind der Meinung, daß dies alles eindringt in der Form der absoluten Sozialität, daß dann es nicht dulden, daß die Beamten sich dort gemeldet werden, daß kommunizieren und auch der Magistrat. Herr Vöhne meint, es sei seitens der Arbeiter alles nötig, um dies zu verhindern. Ich kann nun sagen, wenn die Arbeiter das Koalitionsrecht ausüben wollen, tun sie selbst, wenn sie sich an den Gemeindearbeiter richten möchten, die sich auf der Seite der Gewerkschaft und entsprechend arbeiten, bleibt und behauptet, im Verbande zusammen. Zug in einem mußt du sitzen, mit uns verbündet zu wollen, dann soll es jedoch auf, wenn sie diesen Verbande nicht aufstellen. Ich sage aber, wenn heute ein städtischer Arbeiter in einem Verbande einztritt, ist er mir ein Verstoß gegen das Arbeiterrecht, er mischielt mich und ich entlässe ihn unter Umständen, ich lasse es aber so lange geben, so lange, als einzelne Arbeiter höflich und anständig sind. Ist er dies nicht, dann muß ich bitten. Das sind mögliche Sanctions. (Z. Plan geht es so fort, als wenn alles auf den Gemeindearbeiterverband angesetzt ist. Die Arbeiterorganisation waren drei Jahre früher gekommen, wenn nicht der Verband mit seiner Taktik gerechen kann. Die Verteilungshandlungen laufen mit den Preissteigerungen,

Wir haben das bemüht, die Leute besser zu stellen und die Arbeitszeit zu verkürzen. Die Verbesserungen sind nicht gerade auf die Sozialdemokraten zurückzuführen, sondern es geht durch die ganze Welt der Zug nach Verbesserung der Arbeitersituation. Es wäre gut, wenn Herr Vöhne den Glauben an unser Wohlwollen in den Arbeiterkreisen hätte.“ (Stadtpr. Vöhne: „Ja schon geschehen!“) „Ja ja, ich war ja überzeugt, daß wir heute schon ein leichtlich gutes Zeugnis bekommen haben.“ (Heiterkeit.)

Unsere Breslauer Kollegen nahmen in einer gut besuchten Versammlung am 26. Februar hierzu Stellung und beschlossen nach einem Referat Mohrleins und Zustimmung der Diskussion einstimmig:

„Die Versammelten betonen wiederum, wie auch in zahlreichen ähnlichen Versammlungen im vorigen Jahre, daß sie das Vertragen des Magistrats und des Herrn Oberbürgermeisters im speziellen, die Lage der städtischen Arbeiter Breslaus zu verbessern, durchaus anerlernen. Allerdings hat sie dabei der Meinung, daß alles erreicht durch ihre Tätigkeit im Gemeindearbeiterverband erungen ist.

Die Verstrengungen des Gemeindearbeiterverbundes sind eben selde, daß gegen ihre Verechtigung, Durchführbarkeit usw. sich nichts einenden läßt. Z. B. den Abstundentag in den Eisenbauten der Gaswerke, Erholungsurlaub, Überstundenzuschläge usw.

Allies den Breslauer städtischen Arbeiter an Wohlfahrtseinrichtungen gewöhnt entstammt den Forderungen des Gemeindearbeiterverbundes und seinem Programm, und deshalb sind die Erfahrungen, trotz allem Abstreiten, der Überzeugung, daß sie ohne diese Zugehörigkeit zum Verbande noch nichts Wichtiges erhalten hätten. Wie die Statistik am besten beweist, die vor der Gründung des bishen Verbandsfiliale nur die Alters-, Witwen- und Waisenversorgung ausübte. Alle anderen Wohlfahrtseinrichtungen und auch Lohnsteigerungen höheren Stils sind nach der Verbandsgründung geschaffen.

Aus diesen Gründen heraus erklären die Versammelten, daß sie unermüdlich in der Propagierung der Verbandsbestrebungen tätig sein wollen, um die noch schliefenden unorganisierten städtischen Arbeiter dem Gemeindearbeiterverband anzuführen. Damit werden alle Erbungen mit Entlastung usw. von selbst gegenstandslos werden.“

## Die „Arbeiterfreundlichkeit“ im Stettiner Stadtverordneten-Kollegium.

Ein großer Tag war die letzte Sitzung der Stadträte Stettins. Außer einer Resolution des Gewerkschaftsrates über Bauhandarbeiten sowie einigen sonstigen sozial wichtigen Beruhigungsgeschehnissen stand auch die Resolution der städtischen Arbeiter vom 9. Februar d. J. und in Verbindung damit die erneut eingerückte Eingabe des Vorjahres wieder zur Verhandlung. Zuweile die einzelnen jüngsten Punkte ihre Erledigung fanden, dürfte für uns weniger Interessant; bingegen beweist aber die Ablehnung der Forderungen unserer Kollegen hinsichtlich, daß die Mehrzahl der Volksvertreter nach eifern hin des Mantelchen der Arbeiterfreundlichkeit sich umbänken, in Wirklichkeit jedoch nicht das geringste auf diesem Gebiete tun.

Der Referent, Herr Rieß, dem schon bei der vormaligen Verhandlung für die Finanzkommission die Verabschiedung im Plenum oblag, war schlußverbindlich, wie jedem Meister der örtlichen Verhältnisse entnehmen wird, nicht im entferntesten der Mann, von dem eine objektive Schuldangabe der ihm anvertrauten Materie zu erwarten stand. Eine Ausdrucksweise, die er namens der Finanzkommission nutzte, äußerten in der Behauptung, die Verhältnisse der Stettiner Gasarbeiter seien geradezu ideal. Es handele sich hierbei lediglich um Einführung des Abstundentages, und dazu dürfen weder Magistrat noch Stadtverordnetenversammlung ihre Zustimmung geben“.

Diese enttäuschten Worte des Referenten ließen schon im voraus erkennen, daß sich im Hause nicht allzusehr Verantworter der Arbeit vierzehn finden würden. Weitere Vertreter richteten daher die Hauptfrage nach der Einführung des Abstundentages nach der Erprobung des in die Wobe folgenden Zeitraumes. Eine einnehmende Befürdung durch unsere Freunde, die sich auch zwei brüderliche Parteien nennen, verhinderte jedoch, daß sich nicht von der Monarchie zu überzeugen. So felen derartige Voraussetzung, eine Conspiration zu verhindern, was die Verhältnisse ja in den Städten verhindert hatten, beeinflußt wurden, und die Monarchie erneut eingeführt werden, wurde abgelehnt. Es muß gesteckt diese Ablehnung von so eindrucksvoller Bedeutung, als felen derartige Voraussetzung, daß der Monarch gegen eine soße Einsicht nichts einzuwenden habe. Wenn wir von Erbungen jünger Art noch fernzuhalten wollen, daß damit die Verwirklichung unserer Forderungen in erreichbare Nähe gelingt ist, so felen wir aber

andererseits die Möglichkeit, die Kommunen an der Hand des selbstgewonnenen Materials zur besseren Einsicht zu bringen. Wo jedoch schon das Odium vorausgeht, daß man aus anderen Gründen gegen jede Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter antritt, da vermögen auch Erhebungen jeder Art, und wenn sie selbst den denkbaren besten Beweis bieten, keine Aenderungen der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen. Die Ausführungen einiger Stadtväter, bei denen das Vorstehende sicher zutrifft, seien hierbei erwähnt.

Herr Manasse erklärte kurzweg, daß die Information an Let und Stelle oder die Enquête gar keinen Wert hätte. Im weiteren seien aber auch die Verhältnisse der Arbeiter gute; es wäre jedenfalls für die Arbeiter vortheilhaft, 12 Stunden auf der Gasanstalt zu sein und nur 6 Stunden zu arbeiten, als 8 Stunden und nur 2 Stunden Pause zu haben. Gemach, Herr Manasse, mit dieser sozialpolitischen Weisheit werden Sie nicht allzuweit kommen. Vorweg möge erst betont werden, daß von einer siedeständigen Ruhezeit zurzeit keine Rede sein kann. Auf dem Papier ist eine solche wohl verzeichnet, in der Praxis kommt aber ein anderes Jagd heraus. Bei den Arbeitern steht in der Verteilung dieser Forderung voran: die in solchen gesundheitsgefährdeten Berufen Beschäftigten dadurch länger optionsfähig zu erhalten, daß man verfügt, die Arbeitszeit im weitesten Maße zu reduzieren. Nur die genügende, ununterbrochene Ruhezeit in Verbindung mit ausreichender und nahehafter Kraft vermag die Stabilität des Körpers zu erhalten. Für uns ist es klar, daß wenigstens für diesen Herrn es äußerst notwendig ist, sich vorerst einmal an Let und Stelle von der Leistung der Gasarbeiter zu überzeugen. Hier ist Information schon dringend am Platze. Recht töricht läßt genannter Herr sich dann noch im weiteren Verlauf der Diskussion aus: "Die Arbeiter hätten ruhig und zufrieden gelebt, bis die Agitation von außen hineingetragen worden sei." Es ist uns vollständig erklärt, worin diese Ausführungen ihren Endeffekt haben sollten. Wäre die Organisation nicht gewesen, und hätte diese nicht hinter den Arbeitern gestanden, dann würden in Stettin noch die Löhne des vorigen Decenniums gezahlt und man wäre im Stadtparlament leichter mit solchen Angelegenheiten fertig geworden.

Wenn nun aber noch von besagtem Volksvertreter erwähnt wurde, daß die Arbeiter ihre Forderungen bei der vorjährigen Petition hätten mit einreichen sollen, da man dann den Wünschen hätte Rechnung tragen können, so glaubt der Herr wohl, durch seine diesbezüglichen Ausführungen die Arbeiter täuschen zu können? Wir richten daher an Herrn Manasse die Frage: Weshalb ist er denn nicht für Erweiterung der von der Finanzkommission gemachten Vorlage eingetreten?

### Karl Marx und die Arbeiter.\*)

(zu Marx' fünfundzwanzigstem Todestag, † 14. März 1883.)

Von Karl Renné - Wien.

Die Buchgelehrten können es nicht fassen, daß Karl Marx, der siefe Denker, der abstrakte Logiker, der dunkle Scher, von dem ungebildeten schlichten Arbeiter erfaßt werde, daß der Mann hinter dem Schraubstock in irgendeiner Geistes- oder Gefühlsgemeinschaft mit Marx, dem Ueberwinder Hegels und Ricardos, stehen könne. Und die sogenannten "Praktizier" der Politik, die den Strom der Geschichte zu beherren meinen, wenn sie die Schaumblaser seiner Wellen zu erhaschen suchen, halten wohl dafür, daß die Arbeiter mit Marx zu durchdringen nicht bloß undurchführbar, sondern sogar nachteilig sei, weil das Marx'sche System sie zu weit von der drängenden Aufgabe des Tages abführte. Buchgelehrte und Praktizier dieser Art wissen nicht, was Karl Marx dem Arbeiter ist, was er dem Arbeiter sein muß.

Marx' Schriften buchmäig zu verstehen, ist schwer, wie aus Naturstoffen chemisch Etwas oder gar Etwas zu erzeugen. Das einmal erzeugte Etwas zu essen ist leicht für jeden, der den Magen dazu hat. Marx' Grundlehren zu erfassen ist für den Arbeiter nicht Vemühung, sondern Erlösung seines Geistes von der Qual des Zweifels und des seelischen Hungers.

Die Menschen beruhigen sich leicht bei dem Irrtum wie bei der Wahrheit, soweit Irrtum oder Wahrheit mit ihrem äußeren Tasein übereinstimmen. Milliardenviele Bauern waren durch Jahrhunderte wohl bei dem Glauben, daß jeder Mensch eigens aus der Hand eines mächtigen Gottes herabgesiecht werde auf diese sündige Menschheit. Der Hausvater, der über Söhne und Töchter, Knechte und Magde, Esel und Eselinnen die Peitsche schwang, sollte irgendeinen Zweifel an dem blitzschnellendenden Himmelsvater hegen? Aristoteles findet, daß der Mensch die Götter nach seinem Ebenbilde sich erschaffe. Eine Vemühung ist zu eng: Nicht nur die himmlischen, sondern auch die niedrigen Herren und Herrlichkeiten erschaffen sie so. Der Hausvater, der Landesvater und der Himmelsvater sind drei Sprossen an derselben Leiter, die ins Paradies führt.

\*) Die wissenschaftliche Monatschrift der österreichischen Sozialdemokratie "Der Kampf" stellte uns freundlichst diesen überaus leisenwertem Artikel zur Verfügung. Er ist dem Märkhest der Zeitschrift entnommen.

D. Red.

Auch der ablehnende Standpunkt zum Antrage unserer Ge nossen, den Lohn für nichtständige Lohnarbeiter auf 2,00 M. festzusetzen, sei hier noch einmal angeführt, um zu zeigen, wie inhaltslos die Rede war und wie wenig man in Wirklichkeit für die Arbeiter eintritt. An den Darlegungen, daß die Arbeiter an den Feiertagen nicht zu hungern brauchen, wenn sie mit ihrem Verdienste nur auszuhalten wissen, wollen wir nicht drehen und deuten. Sie erscheinen einfach lustig. Zur Information empfehlen wir aber auch hier dem Herrn Manasse einmal eine Probe aufs Exempel zu machen, vielleicht kommt er dann doch zu einer anderen Auffassung. Dem Referenten könnte man es ja vielleicht nicht verdenken, wenn er in der ganzen Debatte energisch gegen die Forderungen Front mache. Stimmt er doch in seiner Tätigkeit als Privatmann sonst leicht in die unangenehme Lage, seinen eigenen Arbeitern gleiche Zugeständnisse zu machen. Und wie sehr sich diese Herren "Volksvertreter" deshalb gegen alles Fortschrittliche wenden, ist auch drahtig darin zum Ausdruck gekommen, daß die Ablehnung der höheren Löhne ihre Begründung fand: "Höhere Arbeitslöhne wirken ungünstig auf die Industrie zurück." Wir bedurften ja dieses Einverständnisses von Stettin nicht mehr. Die Praxis in den Kommunen hat uns schon zur Genüge belehrt, wie man alles hintanhält, um den so schwer belasteten Schlossbaronen usw. nur das Leben noch zu ermöglichen. Und nicht zu verwundern wäre es, wenn man die Initiative erfaßte, in den Gemeindebetrieben nur ältere, schwächliche Leute zu beschäftigen, um, wie der pommersche Landwirtschaftstag im Dezember v. J. anschwört, damit genügend und billige Kräfte fürs Land zu bekommen. Die Aufgaben der Stadtverwaltungen sind jedoch andere geworden. Die Weiterentwicklung der Großstädte wird sich vollziehen, und mit ihr muß auch auf dem bis jetzt in manchen Städten noch wenig besiedelten Gebiete vieles geleistet werden — auch wenn man sich noch so sehr dagegen sträubt. Das den Arbeitern so oft in Erwähnung gebrachte "Wohlbefinden" wird ihnen so lange an Beispiele, wie die vorstehenden, illustriert werden, bis sie sich zu anderer Einsicht bequemt resp. ihre Sessel im Parlament solchen Leuten abgetreten haben, die ein weitgehenderes Verständnis besitzen.

Auch die städtischen Arbeiter Stettins werden angesichts der augenblicklichen Lage in stande sein, ihre Position in richtiger Weise einzuschätzen. Auch für sie gibt es Mittel in ihrem Kampfe, die sie angewendet verstehen und die im gegebenen Augenblick nicht versagen werden. Dieselben scharf und tapfbereit zu halten, ist Aufgabe unserer Organisation. Anwendung finden sie, wenn jene Herren durchaus nicht im Frieden zu leben gewillt sind. D. R.

Das ganze Weltbild, das sich die Massen zu einer Zeit machen, ist bloß das erweiterte Bild ihres engen wirtschaftlichen Taseins mit allen Freuden und Nöthen, mit aller Furcht und Hoffnung. Und solange sie in der gleichen Lage verharren, haben sie keinen Anlaß, an der Wirklichkeit und Richtigkeit dieses Weltbildes zu zweifeln.

Der Arbeiter, der mit mir sein Verhältnis zu Marx nur prüfen will, denke zurück an seinen Vater, an seine Großväter und Ahnen, soweit er von ihnen gehört — er wird auf Männer stoßen, die nicht Fabrikarbeiter oder Gehülfen, nicht Proletarier waren, sondern Hausväter: Bauern, Handwerker oder Kaufleute, die im eigenen Hause saßen und dort über Kinder und Helfer ein strenges Regime führten. Man sagte zu Vater und Mutter nicht "Du", denn sie waren Ehrengatten, die höchsten nebst Gott und dem Kaiser. Man arbeitete im eigenen Hause, auf eigenem Grunde, für sich und seine Familie. Pflanzte der Hausvater einen Birnbaum beim Brunnem im Hof, so dachte er an den Entel, der in dessen Schatten sitzen und von diesem Baume essen sollte. Man war Sohn des Hauses, um selbst Hausvater zu werden und Söhne zu zeugen. Was man als Sohn arbeitete und schuf, tat man, weil man es als Hausvater selbst nutzen konnte. Alles hatte bestimmten Sinn und Zweck, jedermann's Bestimmung war klar. Und das Bergweisungswort "Ich weiß nicht, wozu ich auf der Welt bin" war selten gehört und galt als frevelhaft. Nichts schien selbstverständlicher, als — woher wir kommen und woher wir gehen. "Wir sind getommen vom Vater — einerlei, ob man den himmlischen oder irdischen vor Augen hat —, werden Väter und Lehrer wieder heim zum Vater, von wannen wir getommen sind" — sowohl in das Elterngrab wie in das Paradies. Und auf diesem Lebenswege genug der Mensch manches Glück, erlitt er manches Leid, aber er lebte, lebte für sich, sein eigenes Leben, in einem Verbande lieber und teurer Menschen, er war Mensch.

Aber da kam in die Welt magisches Erdbeben und warf unsere Ahnen und Großväter von Haus und Hof auf die Straße. Ein Mensch auf der Straße — das ist sinnlos! Kann er denn vom Strafenzaube leben? Wie soll er auf dem Schotterhaufen den Hausvater spielen? Ist das ein Haus? Und wenn er hier im Strafengraben verirrt, wie findet er zu seinem Vater heim ins Grab? Die proletarisierung möchte mit einemmal alles sinnlos, was durch Jahrtausende einen falschen, aber doch einen guten Sinn gehabt hatte. Ein Mensch, der auf der Straße irrte, woher kommt

## Zur Lage der städtischen Arbeiter in Mülheim a. Rh.

Die Lage der städtischen Arbeiter im allgemeinen kann nicht als eine rosig bezeichnet werden, wenn auch zugegeben werden muß, daß in den letzten Jahren von verschiedenen Stadtverwaltungen schon einiges geschehen ist, die Lage ihrer Arbeiter zu verbessern. Daselbe ist jedoch von der Mülheimer Stadtverwaltung nicht zu berichten. Dasgegensteht könnte eher behauptet werden. Davon legen Löhne und Arbeitszeit in den städtischen Betrieben bestreites Zeugnis ab.

Wir lassen hier einige Proben folgen: In der Gasfabrik erhalten die Stöcher für eine zwölfstündige Schicht 4,50 M., also pro Stunde 37½ Pf., die Kohlenfahrer für eine zwölfstündige Schicht 3,60 M. oder 30 Pf. pro Stunde, die Hofsarbeiter für eine zehnstündige Schicht 3,50 M. oder 35 Pf. pro Stunde.

Am Hafen erhalten die Werftarbeiter 3,50 M. pro Tag bei zehnstündiger Arbeitszeit. Am Fuhrpark erhalten die Fuhrleute 3,75 M.

Vergleicht man diese Löhne mit denen, die im benachbarten Köln für die gleiche Arbeit bei durchweg kürzerer Arbeitszeit gezahlt werden, so muß man sich fragen: Wie kommt es, daß für derartige Löhne überhaupt noch Arbeiter zu haben sind? Dabei sei bemerkt, daß der Lebensunterhalt in Mülheim nicht billiger ist als in Köln.

Selbstverständlich ist unter diesen Umständen die Fluktuation in den einzelnen Betrieben eine große. Kommt z. B. heute ein Arbeiter in die Gasfabrik, so sieht er sich morgen schon wieder nach einer neuen Beschäftigung um. Der Herr Director scheint jedenfalls die Ursachen dieser Wanderlust nicht zu kennen, denn er läßt die Austrittenden jedesmal fragen, ob sie vielleicht von irgendjemandem „ausgeholt“ worden seien.

Ein weiterer Beweis von dem wenig sozialen Geist der Mülheimer Stadtverwaltung ist die „Arbeitsordnung“. Dieselbe besteht seit dem Jahre 1862. Wer nun aber glaubt, daß die Arbeitsordnung wirklich derart sei, daß sie heute noch den Ansprüchen der Arbeiter genüge, dem sei gesagt, daß sie das niemals getan hat. Sie enthält den Abdruck einiger Paragraphen aus der Gewerbeordnung, die nur von den Pflichten der Arbeiter handeln.

Zuschlag für Überstunden, Auszahlung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Straßengeld, Sommerurlaub unter Fortzahlung

des Lohnes, Ruhegeld usw. kennt man in der Mülheimer Stadtvverwaltung nicht.

Die Arbeiter haben bereits die richtige Anwendung aus dem arbeiterfreundlichen Wesen der Stadtverwaltung gezogen. Sie haben gesehen, daß die Verwaltung nicht freiwillig ihre Löhne erhöht und ihre Arbeitszeit verkürzt. Auch bitten und betteln wollen sie nicht. Gemeinsam mit ihren Arbeitsbrüdern in den anderen Städten wollen sie um ihr Recht kämpfen. Deshalb haben sie sich der gemeinsamen Organisation, dem Gemeindearbeiterverband, angeschlossen. Dieser allein ist in der Lage, ihre Interessen nach aller Seiten hin energisch zu vertreten

H. R.

## Notizen für Gasarbeiter.

**Berlin.** (Engl. Gasanstalt.) Ueber: „Die Ausbeutung der Arbeiter im Gaswerk Oberspree und die daraus entstehenden Gefahren für die Gasverbraucher“ sprach am 4. d. R. in einer Gewerkschaftsstartelle einberufenen, sehr zahlreich besuchten Versammlung Kollege Polenske. Die Versammlung fand im Wilhelmshof statt und war in derselben auch das Bürgertum stark vertreten. Wie der Referent ausführte, mehrten sich von Tag zu Tag die Klagen über die Mängel der Gasbeleuchtung. Das Gaswerk Oberspree ist eine Tochtergesellschaft der Imperial-Continental-Gas-Association in Berlin und versorgt die Orte Oberschöneweide, Johannisthal, Adlershof, Karlshorst und Friedrichsfelde mit Gas. Bedauerlich sei es, daß infolge der Kurzfristigkeit der Gemeindevertretungen obiger Orte das Monopol der Gaslieferung dem Privatkapital ausgeliefert sei. Abgesehen von den vielen Klagen über schlechtes Licht, auf die die Gesellschaft aber gar nicht reagiert, haben sich die Gemeinden einer wichtigen Einnahmequelle begeben. Redner nimmt an, daß z. B. Oberschöneweide bei eigener Regie einen Gewinn von mindestens 80 000 M. jährlich aus dem Gaswerk ziehen würde. Ein weiteres wichtiges Moment bildet bei eigener Regie die Arbeitsfrage. Bei einer Gemeindeverwaltung, und sei sie noch so rückständig, wird und muß das soziale Moment mehr in den Vordergrund treten. Gerade nach dieser Richtung hin verfügt aber das Gaswerk Oberspree vollständig. Es werden Leistungen und Anforderungen an die Arbeiter gestellt, die schwere Schädigungen und Gefahren für die Gasabnehmer wie die gesamte Einwohnerschaft in sich bergen. Um ein regelrechtes Funktionieren des Gasnichters und Automaten zu gewirken, werden die Gasmeister von sogenannten Kontrolleuren in bestimmten Zwischenräumen reguliert. Eine gebrochene Arbeits-

er? wohin geht er? Niemand weiß es, ja er selbst nicht. Wer seine Selbstbestimmung, ja seine objektive Bestimmtheit verloren hat, ist kein Mensch mehr, er ist eher ein Stein des Anstoßes, ein Aberglaublich. Und Tausende haben sich im Strafengraben die Frage gestellt: Wogu bin ich auf der Welt? und haben sie mit praktischer Selbstverneinung beantwortet.

Von der Strafe las den Proletariat der Kapitalist auf und gab in der Fabrik seinem Leben wieder eine Bestimmung: „Arbeite für mich!“ Nun stand es mit ihm schlechter als vorher mit dem Bestimmungslosen: Nicht für sich selbst arbeiten, das, was man erzeugt, das Werk der Hände, nicht selbst beschaffen, noch seinen Leibesbedürfnissen hinterlassen, sondern ganz dem anderen, dem Fremden ausliefern, das war wider alle hergebrachte Erziehung, das hieß seine eigene Persönlichkeit auslöschen, sich selbst zum Mittel, zum Werkzeug eines anderen, noch dazu feindseligen machen. Der schmale Lohn für eine endlose Arbeitszeit reichte eben noch hin, Muskel und Nerven zu erhalten, nicht aber dem Leben irgend eine Freude zu erlauben. Er ist kein Familienglöhn — auch heute noch nicht — er gestattet nicht, ein Weib zu erhalten und Kinder für sich aufzuziehen.

So blieb dem Proletariat aufgangs nur eine Freude, die Arbeit. Der technische und physiologische Prozeß der Arbeit erquittet ja unter normalen Umständen den Verstand und den Körper. Und in jenen Zeiten war die Arbeit eine mühsame ersehnte, hohe Kunst des Individiums und also Macht gegenüber dem Herrn. Aufsäumlich hat Marx geschildert, wie der junge Kapitalist den Künftleholz der Arbeiter brach: er, der über ganze Arbeitertrupps verfügte, zerlegte jede Arbeit durch die sogenannte Arbeitsteilung, in einfache, immer gleiche Hand und Leibbewegungen. Durch die ursprüngliche Proletarisierung hatte die Entmenschung sozial begonnen, nun wurde sie technisch fortgeführt: der Arbeitende ist in der Manufaktur nur mehr ein Motor, eine Maschine. Der einzelne erzeugt nun überhaupt nichts mehr ganz, er sieht sein Werk nicht mehr und was er als einzelner vollbringt, ist nichts anderes als protest, verstandes Leibbewegung. Für ihn selbst sinnlos ist also das lebte, was ihm geblieben — seine Arbeit.

Sollte noch eine tiefere Demütigung des Menschen denkbar sein, als daß er für selbst etwas zu sein aufschaut hat? Aber noch ist er wenigstens für den, der sich an ihm bereichert, um so notwendiger, je mehr der sich bereichert will. Ist er schon nicht mehr Mensch, so hat er doch noch Wert als Motor, als Maschine.

Ta traf ihn der schwerste Schlag: die Arbeitsteilung hatte aus Menschen Maschinen gemacht, nun war es dem Techniker leicht, Maschinen aus Eisen zu erfinden und die Menschen zu erheben! Nun regierte der König Dampf mit seinem stählernen Marschallstab, den Spinnmaschinen und Webstühlen, den Eisenhämmern und allen Verwandten. Und wie heißt es von ihnen im Sprachgebrauch? „Die Maschine arbeitet und der Mensch bedient sie.“ Nun dient der Mensch nicht mehr dem Menschen, der doch immer ein Herz im Leibe hat und wäre es von Stein. Der Mensch dient der Sache: der Kessel ruft durch den Rauch, die Maschine gehorcht an, für hundert zugleich. Sie fragen nicht und antworten nicht. Kein auten Morgen, kein Tod. Selbst der blutigste Tyrann hält inne oder verschlägt langsam, wenn sein Sklave ohnmächtig wird, wenn ihm offensichtlich die Sinne vergehen. Die Maschine hat ihren Takt und wehe, wenn Du eine Sekunde schwankst — sie kann Dich zerstören.

Nun ist der, von dem es hierzulande ist, er sei von dem himmlischen Vater gekommen, ein Sohn Gottes, nicht bloß Diener eines Bruders, sondern Sklave eines Dinges. Und dieses Ding ist — Kapital und das Kapital ist heilig. So verklünen es rings die bürgerlichen Eltern. Aber, wenn schon das Individuum nicht nur für sich sinnlos, sondern geradezu widerumming geworden ist, vielleicht liegt die wahre Deutung des Lebens in dem Zusammenleben mit den anderen? Was doch in der vorhergehenden Menschheitsepoche der einzelne auch erst geistiglich geworden im Zusammenfluß der Familie, in der Gemeinde, im Staate.

Aber das Kapital zerstörte die Familie durch das Entlohnungssystem von Anfang an, es stellte sie auf den Kopf, seitdem es die Form der Maschine annahm: sie erforderte die Arbeit des Vaters durch die des Mutter, die Arbeit der Eltern durch die der Kinder. Was der Sohn den Eltern tut, das nimmt er als Erbe nicht an, was der Vater schafft, fällt nicht den Kindern als Erbe, sondern dem Arbeitanten als Profit zu. Richtig selten wird der Mann der Ausdeuter seiner Frau, werden Eltern die Ausdeuter der Kinder. Was Segen war, wird zum Fluch. Im Familienverband liegt also irgendwie Sinn dieses Daseins nicht mehr.

Vielleicht also im Kreise der Mütter? Die Elterngemeinde hat ebenfalls für alle Angehörigen ein Ziel ihres Seins ausgemacht. Dieselben Familien, verlobt und verlobt durch Generationen, bilden die Stadt oder das Dorf, und der Nachbar ist der „Nachbar“, den man nach der Bibel liebt. (Fortl. folgt.)

ordnung weiß besonders darauf hin, daß bei häufiger Arbeit Explosionsgefahr entstehen kann. Von diesen Leuten, die eine große Verantwortung tragen, verlangt die Verwaltung nun plötzlich eine Mehrleistung bis zu 33 Prog. So wurde z. B. verlangt, daß in Friedrichsfelde anstatt 60, in Zukunft 50 Revisionen pro Tag vorgenommen werden sollen. Am Begegnungstag wurde den Kontrolleurn mit Entlohnung gedroht. Auf die Vorstellung des Arbeiterausschusses, daß es nach den Dienstvorschriften unmöglich sei, diese Zahl Revisionen zu erzielen, erklärte der Betriebsdirektor Herr Prinz: „Es kommt nicht darauf an, wie gearbeitet wird, die Hauptsaat ist die Zahl!“ Diese Ausprägung des Betriebsleiters ist geradezu ungebührlich und birgt die schwersten Gefahren für Leben und Gesundheit der Gasabnehmer in sich. Es wurde nun seitens unserer Organisation versucht, eine Einigung herbeizuführen. Der Versuch scheiterte an dem Herrenstandpunkt des Betriebsleiters Prinz, der plötzlich erklärte, nadeln er die Verhandlungen mehrere Tage hingezogen hätte, in dieser Angelegenheit mit fremden Leuten nicht verhandeln zu können. Prompt erfolgte die Entlassung von vier Arbeitern, die es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren konnten, durch die von Herrn Prinz gewünschte ständige Arbeit Leben und Gesundheit der Einwohner auf das Spiel zu setzen. Ein Versuch des Gemeindevertreters Gen. Grunow, Verhandlungen anzubauen, scheiterten ebenfalls an dem ablehnenden Verhalten der Betriebeleitung. Interessant allerdings ist es, daß nachdem die Arbeiter entlassen waren, die Forderungen auf Mehrleistung bedeutend erhöht wurden. Ein Beamter des Gaswerks versuchte die Handlungsweise der Verwaltung zu rechtfertigen, mußte aber feststellen, daß bei den geforderten Leistungen es nicht möglich sei, die Revisionen korrekt auszuführen. Er glaubte dies damit plausibel machen zu können, daß er erklärte, die Vorschriften seien dazu da, um nicht gebolten zu werden! — In der äußerst regen Diskussion wendete sich besonders der Gen. Lewitsow, Ruth und Peterkow gegen die Praktiken der Verwaltung. Es wurde erklärt, daß in Oberhöneweide, wo die Arbeiterschaft einen hohen Prozentsatz der Gasabnehmer bilden, kein Platz für derartige Herrenmanieren sei. Die Bevölkerung würde es sich nicht gefallen lassen, daß Leben und Gesundheit hier so leichtfertig aufs Spiel gesetzt werde. Wenn die Verwaltung in dieser Weise fortarbeitete, werde ernstlich erwogen werden müssen, ob die Bevölkerung unter diesen Umständen nicht auf die Lieferung von Gas verzichtet und die Gasmeister und Automaten der Gesellschaft zur Verfügung stellen soll. Die nachstehende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die am 4. März 1905 im „Bismarckhain“, Oberhöneweide, tagende Versammlung der Gasconsumenten und Einwohner von Oberhöneweide, Zobauwald, Adlershof, Karlshorst und Friedrichsfelde spricht ihr Bedauern aus über die Entlassung von vier Gaskontrollen durch die Direktion des Gaswerks Oberspree. Sie protestiert besonders gegen die Gründe der Entlassung, weil das Verlangen einer Mehrleistung der Arbeiter bis zu 33 Prog. nicht den Interessen der Konsumanten entspricht. Ein der Lieferschicht dienendes Institut muß unbedingt bei Gestaltung der Arbeitsbedingung darauf Rücksicht nehmen. Ganz besonders verurteilt die Versammlung die Ausprägung des Betriebsdirektors Prinz, daß bei der verlangten Mehrleistung es nicht darauf ankommt, die Arbeit korrekt auszuführen. Derartige Praktiken bedeuten eine schwere Schädigung und eine Gefahr für Leben und Gesundheit der Einwohner. Die Versammlung erwartet, daß die Direktion in Zukunft mehr den Anschauungen und Bedürfnissen der Einwohnerseite Rechnung trägt.“ — Zum Schluß wies Gen. Ruth auf die bevorstehenden Gemeindewahlen hin. Er forderte zu reger Teilnahme auf und zum Eintritt für die Kandidaten der Sozialdemokratie. Wenn die Vertreter der Sozialdemokratie in genügender Anzahl in den Gemeindeverwaltungen sitzen, werde es möglich sein, Zustände wie die oben genannten zu beseitigen.

### Aus unserer Bewegung.

**Berlin. (Partarbeiter.)** Am 29. Februar fand bei Michelis, Jüdenstr. 50, eine Versammlung statt. Der Arbeiterausschuß berichtete über die 1ste Besprechung mit dem Delegierten der Partieverwaltung, Herrn Bürgermeister Reiche. Die erste Forderung: „Gewährung einer Letzterzulage“ gefiel dem Herrn Bürgermeister absoolut nicht. fragt man nach der Ursache, so mögen die eigenen Worte des Delegirten Aufschluß geben. Er sagte ungefähr: „Kommen Sie mir bloß nicht mit Soden, die Geld teilen, ich habe wegen der Lohnstafel schon Schläge genug gehabt.“ Zuletzt sagte er zu, nähere Informationen einzuhören und die Sache anzuregen. — Die „Ausgabe von Mücken und Flecken an sämtliche Männer“ soll laut Vertrag zum 1. April 1908 getroffen werden. Ferner sollen auf 14 Plätzen Unterkunftsräume bewilligt werden. — 3. Bei eventuellem Todessoll sind sechs Träger zu bewilligen. Gegenwärtig sind zwei Arbeiter als sogenannte Repräsentanten bei jeder Verdigang anwesend. Wir verlangen jedoch keine Repräsentanten, sondern sechs Arbeiter, welche die Leiche zur Gruft tragen, um über der Angehörigen die Trägerkosten zu ersparen. Es ist wohlwollende Erwagung ausgesagt. — 4. Anfrage wegen der beantragten

**Zulage der Nachtwächter.** Über diesen Punkt ist eigentlich nichts zu berichten. Die Nachtwächter haben dem Anschein nach die Karte richtig in den Tisch gesobben, sind überhaupt wohl sehr indifferent, und ist es denn selbstverständlich kein Wunder, wenn der Arbeiter ausdrücklich auch nicht redt was machen kann. — 5. Wegfall der Abzüge bei verkürzter Arbeitszeit und Einführung der Wochenlöhne. Der Ausdruck belastet die alten Redenarten zu hören. Also schon wieder mal nichts. — 6. Unterredung des Sommerurlaubs. Antwort: Wer von jetzt ab nicht länger als 13 Wochen aussehen muß, erhält seinen Urlaub, also wenn er durchgearbeitet hätte. — 7. Erhöhte Bezahlung der Sonntags-, Nacht- und Überarbeit. — 8. Wie denkt sich der Bürgermeister die Einführung des Gärtnerausschusses in Gemeindeamt mit dem Arbeiterausschuß? Die siebente und achte sowohl wie auch andere Forderungen brachten eine wesentliche Klärung. Später werden wir auf einzelne Sachen noch näher eingehen und zeigen, wie nötig gerade in diesem Betriebe eine feste Organisation ist, um menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen.

**Berlin.** Die Arbeiter des städtischen Kohlenplatzes bildeten am 1. März eine gut besuchte Betriebsversammlung ab. Kollege Hoffmann referierte über: „Warum organisieren wir uns?“ Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Es wurden in der darauf folgenden Diskussion Anträge gestellt, welche der zuständigen Deputation unterbreitet werden sollen.

**Hamburg. (Staatsarbeiter.)** In der Mitgliederversammlung vom 21. Februar im Gewerkschaftshaus referierte Koll. Schleiß über: „Wann kommt der Feiertag?“ Er führte u. a. aus, daß eine unserer wichtigsten Forderungen, welche wir im Vorjahr gemeinsam mit den übrigen Staatsarbeitern stellten, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden war. Die Verhandlungen, welche diesen Fragen von Seiten der Staatsverwaltung zuteil wurde, ist genügend bekannt. Sie stemmte sich hiermit zu gleicher Zeit als die rückständigste Verwaltung. Während alle anderen Verwaltungen ihren Arbeitern eine Antwort zu teilen wußten, hielt die Staatsverwaltung es für zweckmäßig, die Lohnkommission zu märgeln und nicht zufrieden damit, sie auch noch in ihrem ferneten Fortkommen zu binden, indem sie ihnen den Zugriff zu den Haushaltungen verbot und das Zeugnis so aussetzte, daß jeder die Entlassungen für Dienstboten, Radmänner oder gar für Spülkübchen halten konnte. Der Direktor nahm die Forderungen unerfüllbar und meinte, sie seien nur zu agitatorischen Zwecken aufgestellt. Die Arbeiter werden immer mehr an die Peripherie und darüber hinaus gedrängt. Die Arbeitsgelegenheit der Staatsarbeiter bleibt an derselben Stelle. Die Arbeiter müssen nun bedeutend länger auf den Beinen sein, um zur Arbeitsstelle und wieder nach Hause zu kommen. Der Arbeitstag wird dadurch um ein Bedeutendes verlängert, oft um 2 bis 3 Stunden, dazu kommt noch die häufige Überarbeitzeit. Der Arbeiter kann sich seiner Familie nicht mehr widmen, er muß auf alles verzichten was Natur, Kunst und Wissenschaft dem Menschen zur Erholung, zur Unterhaltung und Fortbildung bieten. Auch aus familiären Gründen müssen wir immer wieder unseren Ruf nach Verkürzung der Arbeitszeit erneut aufstellen. Betriebstechnisch betrachtet, spricht alles für und nichts gegen die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Verwaltung selber hat darüber befragt, auch nur den Kostenpunkt angeführt. Der kann aber in diesem Falle keine Rolle spielen. Was in preußischen und in anderen Staatsbetrieben möglich ist, muß auch bei uns geben. Nach reiter Diskussion im Sinne vorliegender Ausführungen gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die am 27. Februar 1905 im Gewerkschaftshaus versammelten Arbeiter der Staatsarbeitsverwaltung beschließen, da die früher bereits mehrfach geforderte Verkürzung der Arbeitszeit noch nicht vorgenommen worden ist, bei der Deputation für Handel und Schiffahrt zu beantragen, daß der Feiertag und Dienstag alsdort eingerichtet werde. Die Verkürzung der regulären Arbeitszeit wird mit der zunehmenden Ausdehnung des Hafen- und Stadtgebietes immer notwendiger. Den wenigen Arbeitern ist es möglich, in der Nähe der Hafenanlagen zu wohnen. Auch die hohen Mietpreise im Innern der Stadt drängen die Arbeiter immer weiter in die Vororte. Die Riedelregelung alter Stadtteile beeinträchtigt diesen Prozeß. Außerdem sprechen die in früheren Eingaben wiederholt angeführten Gründe somit keine Rücksicht für unseren Antrag. Mit Rücksicht auf die im vorjährigen Jahre von der Staatsverwaltung vorgenommenen Maßregelungen solcher Arbeiters, welche Eingaben auf dem instanzienmäßigen Wege zur Verfolgung brachten, bedarf die bestätigte Versammlung, den Rüttzmannsweg nicht erst zu beitreten, sondern sie beansprucht die Leitung der Section der Staatsarbeiter (Staatsarbeiterverband), die vorliegende Forderung bei der zuständigen Deputation, eventuell auch bei einem hohen Senat, zu vertreten.“ — Nach Bildung einiger Untergruppen und einem Hinweis auf das am 15. März im Rotenburgsorter „Tivoli“ stattfindende Begegnung trat Schleiß der gut besuchten Versammlung ein.

## Rundschau.

**Aus dem Reichstage.** Hat den ganzen Monat Februar füllten die Platsberatungen im Deutschen Reichstag. Wie üblich waren ganz besonders beim Militär-, Post- und Justizgutachta-Mitsände zur Sprache gebracht worden, die in leider allzu großer Fülle immer wieder hervortraten. Als öftmals die sozialdemokratischen Vertreter beim Militärgutachta zunächst mit den „Eingefallenen“ zu urtheilen, triumphierte bereits ein konservativer Redner: Diesmal sei alles in schöner Ordnung! Aber, o nein! Als daraufhin die zahlreichen und typischen Fälle von Soldatenmisshandlungen und eigenartiger Militärgerichtsbarkeit zur Sprache gebracht wurden! Nicht denn je muß also diesem System zuteilgegangen werden. Beim Postgutachta brachte Singer (Soz.) die Leiden der Unterbeamten zum brennenden Ausdruck. Natürlich wußten die Konservativen weiter nichts zu antworten, als daß sie wütend erklärten, an ein Koalitionsrecht der Unterbeamten dürfe nicht gedacht werden. Aber auch Herr Eichhoff (Freis.) erklärte, daß die Freisinnigen ein Koalitionsrecht der Beamten, das zum Streit führt, nicht anerkennen. Wir haben es ja noch weit bis zum nächsten Wahltag, da vergibt man es vielleicht! — Am 25. Februar wurden eine Anzahl Resolutionen zum Justizgutachta gefaßt. Das Recht der Zeugnisverweigerung für alle an der Herstellung einer Zeitung beteiligte Personen (Antrag Albrecht [Soz.]) wird abgelehnt. Den Schöffen und Geschworenen sollen Reisekosten und Tagessalder gewahrt werden. Ebenso wird ein Antrag Junc (natl.) und Hompesch (Zent.) auf rechtliche Sicherung und weitere Ausgestaltung der Taxifgemeinschaften angenommen. — Am 27. und 28. Februar erfolgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Änderung der Gewerbeordnung. Die neue Rödele sieht eine anderweitige Fassung der Bestimmungen über die Ausstellung von Zeugnissen für gewerbliche Arbeiter und eine Ergänzung der Bestimmungen über die Einführung von Lohnhöchst- und Arbeitszeitbeschränkungen vor, ferner Abänderungen der Bestimmungen über die Verpflichtung zum Besuch der Fortbildungsschulen, sowie Erweiterungen der Ermächtigung des Bundesrats zur Bekämpfung der aus den übermäßigen Arbeitszeiten herrührenden Gefahren. Weiter enthält er Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der Werkmeister, Techniker usw., ferner Bestimmungen über die Durchsetzung der elbständigen Maximalarbeitszeit der Arbeitnehmer auf eine gehäuftige Tauer und Vorschriften über die Einführung einer elbständigen ununterbrochenen Nachfrage für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. Schließlich werden die Arbeitsverhältnisse in der Haushaltarbeit geregelt. — Hierzu steht der Abg. Wollenbuth (Soz.) in zweistündiger Rede eine gerechte und scharfe Kritik, die durch eine Fülle von Material besonders eindrucksvoll gestaltet war. Redner trat für achtständige Maximalarbeitszeit in gefährdeten Betrieben ein und forderte, daß die Eisenbahnbetriebswerkstätten Kipp und klar der Gewerbeordnung unterstellt werden. — Am 2. März wurden diese Beratungen fortgesetzt. Raumann (freis. Vereinig.) sprach viel über die Schäden der Heimindustrie, ohne zu positiven Vorschlägen zu kommen, es sei denn, man bezeichnet seinen Kammrich als solchen, wonach man billig in der Heimindustrie herstellte Waren nicht kaufen soll. Ausführlicher wies noch Stadtbaaten (Soz.) auf die Ausweitung der Heimarbeit und den diesbezüglichen Entwurf der Sozialdemokratie hin, welcher Abschaffung der Kinderarbeit, Lohnumimum usw. verlangt. — Große sozialpolitische Debatten entwickelten sich am 3. März beim Gutachta des Reichsamts des Innern. Die Sozialdemokratie hat dazu fünf Resolutionen gefestigt, die sich auf den Arbeitsmarkt des Handwerks, Glashütten-, Walz- und Hüttenwerke, Reichsbahngesetz und Minenwesen beziehen. Die fünfte Resolution verlangt einen Gesetzentwurf zur einheitlichen Regelung aller Arbeits- und Dienstverhältnisse, in der Art, daß Tauer und Art der Arbeit so geregelt werden, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Einföldigkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gerechte Gleichberechtigung fordern; ferner soll der verlangte Entwurf die Wunden, Unfall-, Invaliditäts-, Alters-, Arbeitslosen-, Relitten- und Muttererlaubnisversicherung ausbauen. Abg. Robert Schmidt (Soz.) entwarf ein Bild der heutigen Sozialpolitik, die dem Arbeiter fortwährend Redre zu entziehen bestrebt ist. Er zeigte die bestehende Arbeitslosigkeit und forderte eine großzügige Sozialreform an der Hand der gestellten Forderungen. Herr Kampf (Reichspartei) gab am folgenden Tage u. a. folgende „Weisheit“ zum besten: „Der Abg. Schmidt verlangt eine Fürsorge für Arbeiterlose. Auf dem Lande brauchen wir eine solche Fürsorge nicht, weil wir dort keine Arbeiterlose haben, (zumal bei den Sozialdemokraten.) Ich will zu Ihnen nicht sagen: Schicken Sie die Arbeiter aufs Land, denn vor den Arbeitern, die Sie schicken würden, habe ich Angst, aber die verständigen Arbeiter sollten aufs Land kommen. Herr Schmidt fragte über die Arbeitgeberorganisationen. Aber diese sind doch mit uns Leben gerufen als ein Alt der Rotwicht gegen unverrichtete Streite.“ — Dämmer geht's nimmer! Die beiden folgenden Tage brachten die Fortsetzung dieser sozialpolitischen Debatten. Eine Fülle von Antragsmaterial brachte noch Abg. Hoch (Soz.) bei, der die Regierung als einen „Ausschuss der

Beschäftigten“ kennzeichnete. Nach einer Erwiderung des Ministers v. Bethmann-Hollweg hielt Herr Mugdan (freis. Volksgr.) zum hundertstemanal seine bekannte Rede gegen die Krankenkassenverwaltungen. Als der Prachtmüter sich wieder einen neuen „Fall“ aus den Fingern sog., wurde er durch den Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „Namen nennen!“ arg in Verlegenheit gesetzt. Er erklärte wörtlich: „Ich habe den Fall nur konstruiert!“ — Mit dieser famosen Konstruktion und einer Forderung des Antisemiten Schack für die Bildung einer sozialpolitischen Kommission im Reichstag wurde die Debatte auf Dienstag, den 19. März, verlegt. Wahrscheinlich erhofft Herr Schack eine Kommission, wie sie unsere Freunde gelegentlich zu bewundern seit Jahren Gelegenheit haben!

Der vierte allgemeine Kongreß der Krankenkassenfassen Deutschland wird zum 11. und 12. Mai d. J. nach Berlin (Germania-Palasthalle, Chausseest. 110), einberufen. Die Tagesordnung sind vorgesehen zwei Referate über: „Die Beitragsabgaben zur Reform der Arbeiterversicherung“ (Referent: Arbeiterselkretär G. Bauer-Berlin) und über: „Die Bedeutung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und deren Gefährdung“ (Referent: A. Stohn-Berlin). Die Einladung zum Kongreß, die von der Generalität für das Deutsche Krankenfassenfassen (Berlin) erfolgt, ergeht an alle Kreis-, Betriebs-, Fabrik-, Innungs-, Knappelschafts- und freie Zulieferantenfassen Deutschlands. Anträge zu dem Kongreß sind bis zum 1. April d. J. an Herrn E. Simonovits, Berlin SO.16, Engelshof 15, einzurenden.

Versammlungen einer Betriebskrankenfasse sind nicht anmeldungspflichtig. Vor dem Schöffengericht in Bernau hatte sich kürzlich Kollege Polenske-Berlin wegen Überleitung des Vereinsgeschäfts zu verantworten. Das Vergehen wurde in folgendem gefunden: Am 1. Dezember d. J. berief der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Mitglieder der Betriebskrankenfasse der Stadt Berlin, Abteilung 19, zur Versprechung der bevorstehenden Delegiertenwahlen nach dem Bahnhofsrastaurant Gross in Buch. Die Tagesordnung lautete: Die bestehenden Delegiertenwahlen und Aufstellung von neuen Delegierten. Kaum hatte die Versprechung begonnen, als ein Polizeisergeant erschien und die Versammlung als nicht polizeilich anmeldet aussloste. Polenske erhielt eine Anklage, weil er eine Versammlung einberufen hatte, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten ohne vorherige polizeiliche Anzeige. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Bernau bekundete der Polizeisergeant, daß seiner Ansicht nach alle auf das Krankenfassen bezüglichen Angelegenheiten als soziale öffentliche anzusehen seien, was der Angeklagte entschieden bestreit. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, legte ein vor kurzem gegen den Betriebsleiter des Metallarbeiterverbandes, den Genossen Schlegel in Dresden, ergangenes Urteil vor, in welchem das Kammergericht ausgeführt hat, daß öffentliche Angelegenheiten nur solche sind, welche unmittelbar das Gemeinwohl und das öffentliche Interesse betrifft. Dies sei aber nicht der Fall, wenn es sich um Wahlen der z. B. in Verwaltungsstellen einer Gewerkschaft tätigen Personen handle, sofern etwa nicht hierbei irgendwelche das Gemeinwohl betreffende Fragen zur Sprache kämen. Der Verteidiger führte aus, daß die Wahlen der Delegierten im vorliegenden Falle eine rein interne, die Mitglieder der Betriebskrankenfasse angehörende Angelegenheit sei. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und sprach den Angeklagten frei!

Ein „Anstandsverein“ städtischer Arbeiter, gegr. der „Bauhüttenarbeiter“, mitteilt, bezahlt die Stadt Landau schlechte Löhne und hat nicht einmal Bauhütten eingerichtet. Wie es aber dort zum Teil noch in den Kopfen unserer Kollegen aussieht, zeigt wohl am besten nachstehendes Rundschreiben:

Landau den 13. Februar 08.

Der Provisorische Ausschuss der Städtischen Arbeiter hat sich in einer Versammlung geeinigt, einen Städtischen Arbeiterverein ins Leben zu rufen, der den Zweck haben soll jedes unzureichende Vertragen zwischen Städtischen Bediensteten und Arbeiter vollständig auszuschließen. Wie veranlassen deshalb einen Aufruf an sämtliche Arbeiter die mit unserem Vorschlag einverstanden sind sich zu unterzeichnen, um Statutenmäßig darüber zu sprechen, wie es sich dadurch ein einiges Vorgehen von Gerechtigkeit beider Seiten.

Der Provisorische Ausschuss  
(folgen elf Unterschriften).

Auso ein sogenannter Anstandsverein soll es sein. Gerechtigkeit beider Seite ist doch nicht etwa so aufzufassen, daß die gezahlten Tagelöhne von 1,70 fl. bis 2,50 fl. als gerechte Löhne zu betrachten sind. Wenn der „Provisorische“ Ausschuss aber der Meinung ist, daß dieser „gerechte“ Lohn hinreichend sei, wie kommt es dann, daß ein großer Teil der bei der Stadt Beschäftigten Lohnunterstützung bezieht?

## Verbandstell.

### Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Verbandsvorstand und Verbandsausschuss haben beschlossen, mit 1. April d. J. die Gau-Kiel-Lübeck und Vremmen zu errichten. Für beide Gaue werden nun zum baldigen Eintritt

### zwei Hülfsarbeiter

gesucht, welche später, je nach Leistungsfähigkeit und Absolvierung entsprechender Probezeit als Gauleiter angestellt werden sollen. Vor ihrer definitiven Anstellung als Hülfsarbeiter müßten aber die Bewerber um diesen Posten noch kurze Zeit im Hauptbüro in Berlin tätig sein. Die Gehaltsätze regeln sich nach dem diesbezüglichen Beschuß des letzten Verbandstages, Seite 202 des Protokolls. Bei der Anstellung als Gauleiter kommen die für diese gestalteten Gehaltsätze in Frage. Deleganten wollen ihre Werbungsschreiben mit näheren Angaben über ihre seitliche Tätigkeit im Verbande sowohl wie in der Arbeiterbewegung überhaupt, dem Nachweis über ihre Organisationszugehörigkeit und einem kurzen Lebenslauf an den Verbandsvorstand, Berlin W. 80, Winterfeldstr. 24, gelangen lassen.

### Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongreß.

Wie den Verbandsmitgliedern zumeist bekannt, findet in der Woche vom 22. bis 27. Juni d. J. der sechste Kongreß der freien Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg statt. Vergänglich unserer Delegation hierzu hat der Mainzer Verbandstag folgenden Beschuß gefaßt:

"Der Verbandstag beschließt, den nächsten Gewerkschaftskongreß durch vier Delegierte zu beschließen. Von diesen werden drei durch allgemeine Wahlen gewählt und einer vom Verbandsvorstand delegiert. Sollten auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß für uns wichtige Fragen zur Verhandlung kommen und sich eine stärkere Vertretung unserer Organisation notwendig machen, so hat der Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit dem Verbandsausschuß die diesbezügliche Entscheidung zu treffen."

Auf Grund dieses Beschlusses haben Verbandsvorstand und Verbandsausschuß die Frage behandelt und gleichzeitig bestimmt, daß es bei der Delegation von vier Mann kein Verwenden haben soll, weil irgendwelche Anlässe zu einer stärkeren Vertretung nicht vorliegen. Da nun nach dem vorliegenden Verbandstagsbeschuß der Verbandsvorstand einen Delegierten zu stellen hat und hierzu der Kollege Albin Mohs erkoren ist, so sind drei Vertreter durch allgemeine Wahlen zu wählen. Letztere gelangen hiermit zur Ausführung, und zwar unter nachfolgenden Bedingungen:

### Wahlreglement.

Bei den Delegiertenwahlen zum sechsten Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands bilden sämtliche Filialen einen Wahlkörper, welcher durch Stimmenmajorität drei Delegierte wählt.

Die Delegiertenwahl ist am 25. und 26. April d. J. zu vollziehen, es darf jedoch nur an einem der zwei in Frage kommenden Tage gewählt werden.

Um jedem Mitgliede Gelegenheit zur Ausübung seines Wahlrechtes zu geben, ist die Abstimmung nicht in der Mitgliederversammlung, sondern separat in einem speziell anguberaumenden Wahlkast vorzunehmen. Von der Filialleitung sind entsprechend der Größe und Ausdehnung der Filiale eine Anzahl Wahllokale einzurichten und diese sowohl wie die Wahlzeit den Mitgliedern in der für Bekanntmachungen üblichen Art zur Kenntnis zu geben.

Zur Leitung der Abstimmung ist für jedes Wahllokal eine Wahlkommission von drei Mann zu bestellen, welche für ordnungsgemäßen Verlauf der Wahl zu sorgen und über die Wahlhandlung ein Protokoll zu führen hat. Protokole und Stimmzettel sind an die Filialleitung abzuliefern, welche dieselben an den Verbandsvorstand weiterzusenden hat.

Die Wahl ist geheim und unmittelbar. Auf dem Stimmzettel dürfen nur drei Namen lesbar sein, die übrigen sind zu durchstreichen. Stimmzettel, die mehr als drei Namen aufweisen, sind ungültig.

Als Wahlslegitimation gilt das Verbandsbuch. Wer länger denn acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, ist nicht wahlberechtigt. Die Legitimation ist durch ein Mitglied der Wahlkommission in der entsprechenden Rubrik des Mitgliedsbuches abzuhempeln.

Als Kongreßdelegierte gewählt sind diejenigen drei Kollegen, welche aus sämtlichen Filialen die meisten Stimmen sowie die absolute Majorität der abgegebenen gültigen Stimmen haben.

Die Resultate der Wahl sind von den Ortsleitungen bis spätestens 3. Mai d. J. an den Verbandsvorstand einzusenden.

### Kandidatenvorschläge.

Entgegen bisheriger Gewohnheit sollen für diese Delegiertenwahl die Filialen die Kandidaten vorschlagen und nicht der Verbandsvorstand. Wir müssen jedoch ersuchen, uns nicht übermäßig mit Vorschlägen zu belästigen, damit die Kandidatenliste nicht bis ins unendliche geht. Kandidatenvorschläge, die bis 6. April d. J. inll. nicht eingelaufen sind, finden keine Berücksichtigung.

Für den Verbandsvorstand:  
Albin Mohs.

## Briefkasten.

Worms. Der Hinweis auf die bevorstehende Versammlung kommt leider zu spät. Warum nicht früher? Das übrige läßt sich ebensoviel verwenden. Lamentationen dienen nicht der Agitation. Bitte eventuell Bericht von der Versammlung alsbald einsenden. Gruß! E. D.

H. Königsberg. War bei bestem Willen nicht zu machen, Artikel kommt also bestimmt in nächster Nummer. Frl. Gr. E. D.



## Anzeigen

### Totenliste des Verbandes.

Gustav Harlich, Leipzig	Otto Hentschel, Dresden
† 21. Februar 1908 im Alter von 60 Jahren.	† 2. März 1908 im Alter von 66 Jahren.

Hans Thomsen, Hamburg	Karl Lan, Königsberg i. Pr.
† 26. Februar 1908 im Alter von 85 Jahren.	† 2. März 1908 im Alter von 49 Jahren.

Jakob Stopp, Stuttgart	Tölke Bosse, Bremen
† 28. Februar 1908 im Alter von 42 Jahren.	im Alter von 65 Jahren.

J. Lamke, Hamburg	Erich Riedmann, Berlin
† 28. Februar 1908 im Alter von 50 Jahren.	† 7. März 1908 im Alter von 22 Jahren.

Chre ihrem Andenken!

Die Nummer 1 und 3 der „Gewerkschaft“ 1908 ist total vergriffen. Wir ersuchen die Filialen, soweit sie im Besitz überzähliger Nummern sind, solche umgehend an uns einzenden zu wollen.

Der Verbandsvorstand.

## •• Filiale Groß-Berlin. ••

### Wegen des Umzugs

bleibt unser Bureau am

## 19. und 20. März geschlossen.

Wiedereröffnung im „Gewerkschaftshaus“, NO. 16, Engelser 14, vorne 4 Treppen, am Sonnabend, den 21. März d. J.

Die Ortsverwaltung.